

Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft

- landwirtschaftsfremde Investorennetzwerke vom Bodenmarkt und von der Agrarförderung ausschließen;
- EU-Agrarsubventionen konsequent an Gemeinwohlkriterien knüpfen, also sowohl sozial, ökologisch und tiergerecht gestalten;
- Mercosur-Abkommen stoppen;
- Rückkehr zur Kreislaufwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung und regionaler Futtermittelproduktion;
- Abstockung und Umverteilung der Tierbestände über ein soziales Umstiegsprogramm für Nutztierhaltende;
- Einfuhrstopp von Sojaimporten bis 2030 und heimische Eiweißfutterlücke schließen;
- Anwendung von Wirkstoffen, die Natur, Tier oder Mensch schadet grundsätzlich verbieten (z.B. Glyphosat, Neonikotinoide);
- Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel transparent und unabhängig gestalten;
- mindestens 25 Prozent Ökolandbau als emissionsärmere Landwirtschaftsform bis 2030;
- echte Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen fördern;
- Junglandwirt*innen den Zugang zu landwirtschaftlichem Boden sichern;
- industrieunabhängige Forschung stärken.

Weniger Fleisch und Milch – gut für Klima und Gesundheit

- Dumping- und Sonderangebote mit Lebensmitteln unterbinden;
- kostenfreie, nachhaltige und gesunde Verpflegung an allen Schulen und Kindertagesstätten;
- Reduzierung des Fleischkonsums um ein Viertel bis 2030;
- gute Lebensmittel für alle, Löhne und Sozialleistungen rauf und flächendeckend gute Tarifverträge;
- Streichung der Mehrwertsteuer für gesundes Obst und Gemüse;
- Trinkwasserspender an allen öffentlichen Einrichtungen, auf der Straße, in Stadt und Land, Vermeidung von klimaschädlichen Flaschen.

Lebensmittel gehören nicht in den Müll

- Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030;
- Entsorgung noch verzehrfähiger Lebensmittel verbieten;
- kostenfreie Abgabe von Lebensmitteln, die nicht mehr verkäuflich, aber noch genießbar sind;
- Containern entkriminalisieren.

Unterm Strich

Durch unsere Maßnahmen für Klimagerechtigkeit werden:

- die Treibhausgasemissionen im Bereich der Landwirtschaft und Ernährung bis 2030 auf 55 Millionen Tonnen gesenkt (ca. 39% gegenüber 1990);
- faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft geschaffen;
- Umbrüche und soziale Verwerfungen in der Landwirtschaft abgefedert.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Jan Korte

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

200106

Klimagerechte Landwirtschaft

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Neoliberale Weltagrarmarktorientierung zerstört Mensch und Natur

Die Agrarpolitik in der EU und in Deutschland reduziert die Landwirtschaft auf eine möglichst billige Warenproduktion für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt. Diesen Konkurrenzkampf überlebt man nur mit maximalen Erträgen in der Tierhaltung und im Anbau durch übermäßigen Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz. Auf Kosten von Mensch und Natur.

Viele Agrarbetriebe in Deutschland und der EU sind einem unfairen Verdrängungskampf ausgesetzt. Erzeugerpreise werden durch die Nachfragemacht von Verarbeitungs- und Handelskonzernen unter die notwendigen Kosten nachhaltiger Standards gedrückt. Schlachtbetriebe, Lebensmittel- und Handelskonzerne zahlen die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland und eignen sich gleichzeitig 86 Prozent der Wertschöpfung in der Lebensmittelkette an. Vier große Einzelhandelsunternehmen dominieren 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland. Die zu Recht kritisierte ausbeuterische Produktion von Tieren und Pflanzen ist Folge einer Agrarpolitik, die auf den Weltmarkt setzt und die Stärkung regionaler Märkte blockiert.

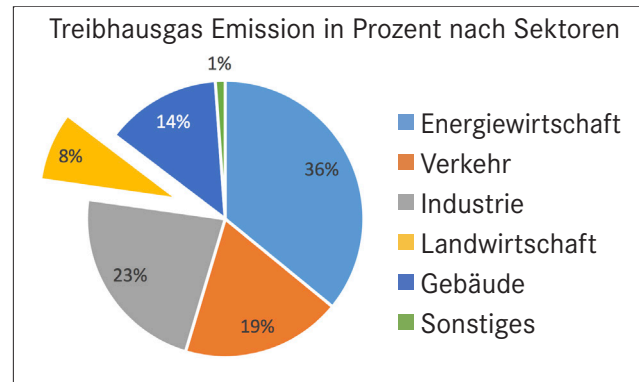
Unser Ziel:

Gemeinsam mit Landwirtinnen und Landwirten eine ökologisch, gemeinwohlorientierte Landwirtschaft gestalten, von der sie gut leben und wir uns gut ernähren können – in Deutschland und weltweit!

Am 10. Januar 2020 hat die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag den Aktionsplan Klimagerechtigkeit als Gegenentwurf zum Klimaschutzgesetz der Bundesregierung verabschiedet.

Weitere Informationen dazu unter www.linksfraktion.de/klimagerechtigkeit.

Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen – Klimaverantwortung für alle



Quelle: Umweltbundesamt 2019.

Laut Klimaschutzgesetz soll die Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 zwischen 11 und 14 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Mit den bisher vorgeschlagenen Maßnahmen der Bundesregierung wird dieses Ziel nicht erreicht.

Auch die Landwirtschaft trägt in Deutschland zur Emission klimaschädlicher Gase bei.

Dafür verantwortlich sind vor allem:

- Ausbringung von organischem und mineralischem Dünger (Lachgas-Emissionen);
- Methan-Emissionen aus der Tierhaltung (Rinder, Schafe, Ziegen).

Landwirtschaft und Ernährungssystem sind untrennbar verbunden. Der internationale Warenverkehr, die Fleischproduktion, der Flächenverbrauch durch den Umbruch von Grünland, die Ackernutzung von Moorböden und die Entwässerung von Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung sorgen für einen zusätzlichen CO₂ Ausstoß.

Berücksichtigt man all dies, verursacht unsere Ernährung Schätzungen zufolge zwischen 15 und 40 Prozent unserer Treibhausgase.

Die Landwirtschaft gehört nicht nur zu den Verursacherinnen des globalen Klimawandels, sondern ist auch Betroffene und wichtige Partnerin für mehr Klimaschutz.



Foto: Just Name von Pexels

LINKE Agrarpolitik – sozial und ökologisch

Das Klimaproblem bei Ernährung und Landwirtschaft hat strukturelle Ursachen und ist Folge einer falschen Agrar- sowie einer fehlenden Ernährungspolitik. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE setzt sich daher für eine sozial-ökologische Ausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik ein. Dazu braucht es folgende Maßnahmen:

Vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

- Konzernmacht durch eine gemeinwohlorientierte Reform des Kartellrechts beschränken;
- faire Risiko- und Gewinnverteilung in der gesamten Erzeugerkette (Lieferkettengesetz);
- regionalisierte Lebensmittelmärkte mit einem Umsatzanteil von mindestens 20 Prozent;
- Regionalisierung mit 20 Millionen Euro jährlich über den Bundeshaushalt fördern;
- lokale Ernährungsstrategien und Ernährungsräte fördern.